



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 15.02.2022
*öffentlich***

Ort: Videokonferenz
Zeit: 15:01 Uhr bis 15:57 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer

Ute Haupt
Claudia Schmidt

Beate Gellert
Dr. Gaby Hayne

Tobias Heinicke

Ausschussvorsitzender
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow

Dr. Heike Schaarschmidt

Alexander Frolow
Stefanie Goy
Uwe Weiske
Beate Erfurth
Annett Fritzsche
René Lukas

Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung
und Soziales

Referentin des Geschäftsbereichs Bildung
und Soziales

Leiter Fachbereich Bildung

Jugendhilfeplanerin

Sozialplaner

Kitafachplanerin

Sozialplanerin

Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Jan Döring
Anna Manser

Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung wurde von **Herrn Kramer**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung, sodass **Herr Kramer** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.11.2021
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Faktencheck Bildung
 - 7.2. Interessensbekundungsverfahren AG § 78 11-16 SGB VIII
 - 7.3. Jahresplanung 2022
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

Nicht öffentlicher Teil:

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.11.2021
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
16. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.11.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 16.11.2022 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 **Faktencheck Bildung**

Frau Fritzsche informierte anhand einer Präsentation über den Faktencheck Bildung.

Anmerkung: Die Präsentation, der aktuelle FaktenCheck Bildung und der Feedbackbogen (für Rückmeldungen zum FaktenCheck) sind im Session hinterlegt.

Herr Kramer bedankte sich für die Information zum Faktencheck Bildung.

Frau Gellert bemerkte, dass sich der Feedback Fragebogen nicht digital ausfüllen lässt. Sie wies auf das ersichtliche rote „G“ im FaktenCheck hin. Dieses Zeichen ist nicht in der Legende zu finden.

Frau Fritzsche teilte mit, dass das kleine rote „G“ für Glossar steht. Dort sind jeweils Erklärungen zu den entsprechenden Begriffen am Ende des Dokumentes zu finden. In der Online Version kann man direkt die Begrifflichkeiten anklicken und bekommt dadurch eine sofortige Verknüpfung zur Informationsstelle.

Frau Gellert bezog sich auf die Jugendarbeitslosenquote. Sie sagte, dass hierbei die aktuellen Zahlen vorteilhafter wären.

Frau Gellert erwähnte das Faktenblatt „Frühkindliche Bildung“. Dort ist eine Ausgabe von 6.200,- Euro pro Kind aufgeführt. Sie fragte, ob dabei Investitionen und Sanierungen mitberücksichtigt wurden oder es nur pädagogische Aufwendungen sind,

Frau Fritzsche teilte mit, dass bei den Ausgaben je Kind in Kindertageseinrichtungen im Faktenblatt „Frühkindliche Bildung“ keine Investitionen enthalten sind.

Frau Gellert merkte an, dass es für die Träger hilfreich wäre, Informationen zu erhalten über Kinder mit Frühförderbedarfen. Sie sagte, dass aktuell nur die Eingliederungshilfen mitberücksichtigt wurden. Eine Aufnahme in die statistische Abfrage wäre vorteilhaft.

Frau Fritzsche fragte, wie sie die Daten von Frühförderbedarfen erhält.

Frau Gellert teilte mit, dass man diese Daten von den einzelnen Kitas erhält.

Frau Brederlow sagte, dass sie das Anliegen von Frau Gellert nachvollziehen kann. Sie wies darauf hin, dass dafür belastbare Daten erforderlich sind. Diese Daten müssen somit zur Bewertung vertrauenswürdig sein.

Herr Kramer sagte, dass Frau Fritzsche mit dem Thema Datenerhebung tagtäglich umgehen muss. Er bemerkte, dass noch unklar ist, wie die Träger ein Ergebnis darüber erhalten.

Frau Gellert betonte, dass eine normale Statistik jeden Monat vom Träger ausgefüllt werden muss. In dieser Statistik kann man den Punkt für Kinder, die eine Frühförderung erhalten, mitaufnehmen.

Herr Kramer fragte wiederholt, wie die einzelnen Träger darüber Kenntnis erhalten.

Frau Gellert schlug vor, diese Frage zur Diskussion in die AG 78 mitzunehmen.

Herr Kramer stellte fest, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung diesen Sachverhalt als Anregung bzw. Feedback wahrgenommen hat.

Herr Frolow wies darauf hin, dass es bei der Frühförderung drei Kanäle gibt. Diese sind Finanzierung über die Krankenkasse, Finanzierung über das Sozialamt und Finanzierung über das Jugendamt. Dies müssen einzeln betrachtet werden. Er sagte, dass über diese Kanäle die erforderlichen Daten zu sammeln sind und der Faktencheck damit aufbereitet werden kann. Er betonte, dass bei der Frühförderung auch verschiedene Indikatoren zu berücksichtigen sind.

Frau Gellert nahm Bezug auf die Alterskohorten der Erzieher*innen. Sie sagte, dass 33,2% der Erzieher*innen 50 bis über 60 Jahre alt sind. Das ist ein Drittel der Mitarbeiter aller Kitas in Halle (Saale). Sie erwähnte, dass es ein Diskussionsthema zur Fachkräftegewinnung wäre.

Herr Kramer fügte hinzu, dass dieses Thema gegebenenfalls in die Jahresplanung mitaufgenommen werden kann.

Herr Kramer bedankte sich bei Frau Fritzsche für die Darstellung und die dazugehörige Aufbereitung der Daten des Faktenchecks.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 7.2 Interessensbekundungsverfahren AG § 78 11-16 SGB VIII

Frau Goy informierte über das Interessensbekundungsverfahren AG § 78 11-16 SGB VIII

Anmerkung: Die Gremienstruktur der Jugendhilfeplanung nach § 78 SGB VIII ist im Session hinterlegt.

Herr Kramer stellte fest, dass man davon ausgehen kann, dass es für diese AG 78 kein Losverfahren geben muss, um eventuelle freie Plätze hinsichtlich der Mitgliederstruktur aufzuteilen.

Frau Goy teilte mit, dass sich bereits 15 Träger bei der Verwaltung gemeldet haben, wobei Personen konkret benannt worden sind. Sie sagte, dass 16 Plätze zur Verfügung stehen, d.h. ein Platz ist noch vorhanden. Sollte sich noch ein Träger melden, wird dieser Platz an diesen vergeben. Es ist somit kein Losverfahren notwendig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.3 Jahresplanung 2022

Herr Kramer informierte über die Jahresplanung 2022

Anmerkung: Die Jahresplanung ist im Session hinterlegt.

Herr Kramer verwies auf den letzten Jugendhilfeausschuss, wo das Thema Priorisierung Schulsozialarbeit diskutiert wurde. Dabei bestanden Fragen zur Beschaffung einiger Datenlagen. Er schlug vor, diesen Sachverhalt in die Jahresplanung aufzunehmen.

Frau Dr. Schaarschmidt wies darauf hin, dass die Umsetzung zu den dezentralen Jugendbüros noch nicht im Monat April stattfinden kann.

Herr Kramer erkundigte sich nach einem sinnvolleren Zeitpunkt.

Herr Frolow sagte, dass das Projekt erst im Sommer 2022 beginnt. Aus diesem Grund kann man eine erste Einschätzung des Projekts am Ende Jahres abgeben.

Herr Kramer schlug eine Behandlung des Tagesordnungspunkts im Monat Dezember vor.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Gellert zur Arbeitsgruppe Jugendhilfe

Frau Gellert bezog sich auf den akuten Fachkräftemangel am Beispiel des Faktenchecks Bildung. Die Situation ist aktuell kritisch. Sie regte eine erneute Diskussion zum Sachverhalt an.

Frau Brederlow teilte mit, dass dieses Thema sicherlich in der Jugendamtsleiterberatung Städte und Gemeindebund diskutiert wird.

Herr Frolow fügte hinzu, dass hierbei die wesentlichen Informationen über die Grundvoraussetzung für den Beruf Erzieher*innen dargestellt werden. D.h. Finanzierungsmöglichkeiten der Ausbildung, Einstieg und Quereinstieg in den Beruf. Er wies darauf hin, dass die Verwaltung nur kommunal prüfen kann, ob dahingehend Möglichkeiten bestehen. **Herr Frolow** sagte, dass er die Anregung zur Kenntnis genommen hat und mitnimmt.

zu 9.2 Herr Kramer zur Priorisierung von Schulsozialarbeit

Herr Kramer bezog sich auf den Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Thema Priorisierung von Schulsozialarbeit. In diesem Antrag sollen verschiedene Daten zur Priorisierung von Schulsozialarbeit abgefragt werden. Er regte an, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung sich diesem Sachverhalt annimmt bzw. sich damit auseinandergesetzt.

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Kramer** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer